

Wandel in der Arbeitswelt



Bericht von Michael Arnold, Anselm Mattes und Gert G. Wagner

Normale Arbeitsverhältnisse sind weiterhin die Regel 419

Interview mit Gert G. Wagner

»Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist alles andere als ein Auslaufmodell« 428

Bericht von Aleksandar Zaklan und Claudia Kemfert

Rohölmarkt: US-amerikanisches Schieferöl schwächt Marktmacht der OPEC 429

Am aktuellen Rand Kommentar von Stefan Bach

Erbschaftsteuer: Die bayerische Demontage 436



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang
11. Mai 2016

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Claus Michelsen

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Das italienische Nord-Süd-Problem in konjunktureller Sicht

Wie kaum eine andere Industrienation hat sich Italien mit einem spezifischen Strukturproblem auseinanderzusetzen: den wirtschaftlichen Entwicklungs- und Niveauunterschieden seiner einzelnen Landesteile. Vom Beginn der italienischen Industrialisierung um 1880 bis in die Mitte unseres Jahrhunderts hat sich das Wohlstandsgefälle von den nordwestlichen Industrieprovinzen zu den übrigen Regionen, besonders den südlichen, insularen und östlichen Gebieten, in dem Maße verstärkt, wie das Expansionstempo im Nordwesten zunahm. Zwar wurde das Problem der relativen Verarmung zahlreicher Provinzen schon frühzeitig erkannt, doch waren die Bedingungen einer ökonomischen Nutzung des „Mezzogiorno“ für die Privatwirtschaft noch zu ungünstig, und auch der Staat ließ es bei Einzelaktionen bewenden. Erst seit 1950 – nach Überwindung der dringlichsten Kriegsfolgeprobleme – versucht die Regierung systematisch, das regionale Gefälle zu verringern. Diese Politik manifestierte sich in der Gründung von Finanzierungsinstituten für die Industrialisierung der unterentwickelten Gebiete sowie in einer Vielzahl von Gesetzen. Investitionen im Süden wurden begünstigt, zudem wurde es den staatlich kontrollierten Industrie- und Verkehrsgesellschaften zur Auflage gemacht, Werke im Süden zu errichten. So entstanden neue Industriezentren, vor allem in Apulien und Kampanien. Parallel zur Industrialisierung wurde eine Agrarreform durchgeführt, deren wichtigste Ergebnisse die Neuparzellierung und -verteilung eines Teiles des Großgrundbesitzes sowie die Beseitigung des feudalistischen „Halbpachtsystems“ waren.

aus dem Wochenbericht Nr. 19 vom 13. Mai 1966

Normale Arbeitsverhältnisse sind weiterhin die Regel

Von Michael Arnold, Anselm Mattes und Gert G. Wagner

Seit den 80er Jahren ist die Zahl jener Personen im erwerbsfähigen Alter, die keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen, in (West-) Deutschland deutlich zurückgegangen. Entsprechend ist unter den 18- bis 67-Jährigen der Anteil derjenigen ohne Job gesunken. Dieser Beschäftigungszuwachs fand vor allem zugunsten der geringfügigen Beschäftigung oder einer Tätigkeit als Solo-Selbständige/r statt und weniger bei den normalen Arbeitsverhältnissen. Die vorliegende Analyse auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt aber auch, dass der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an allen Erwerbsfähigen nicht abgenommen hat. Personen, die einer atypischen Beschäftigung nachgehen, sind spezifischen Risiken ausgesetzt. Um dem Trend zu diesen Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken, sind verschiedene Maßnahmen denkbar. Dazu gehören ein Ausbau der Kinderbetreuung, die Abschaffung der Sonderregeln für Mini-Jobs sowie eine Versicherungspflicht für Alter und Unfall für bislang nicht abgesicherte Selbständige.

Folgt man dem politischen Feuilleton, so stirbt die sogenannte Mittelschicht¹ in Deutschland aus und die prekäre Beschäftigung wird mehr und mehr zur Norm.² Dieser empirische Befund beruht auf der Mitte der 80er Jahre vom Soziologen Ulrich Beck entwickelten These von der *Risikogesellschaft* (1986).³ Er diagnostizierte, dass mit dem Ende der Vorherrschaft industrieller Produktionsweisen die durch Sozialstaat und Sozialpartnerschaft geformten und geordneten ökonomischen Rahmenbedingungen immer mehr an Bedeutung verlören und zu einer Risikogesellschaft führten. Der Prozess schien naturgesetzlich vorgezeichnet zu sein. Etliche Parteien, Gewerkschaften oder auch Kirchen richteten fortan ihre Strategien immer mehr auf den vermeintlich immer größer werdenden unteren Rand der Gesellschaft aus.

Der 2001 erstmals vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung⁴ thematisiert zwar nicht nur den unteren Rand der Gesellschaft, sondern ausdrücklich auch die oberste Schicht. Dadurch geriet die Mitte allerdings noch mehr aus dem Fokus von Öffentlichkeit

1 Zu diesem Begriff vgl. den Kasten bei Grabka, M. M. et al. (2016): Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 18/2016, 392-393; Geiger, T. (1987): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes: soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Faksimile-Nachdruck der 1. Auflage 1932, Stuttgart. Vgl. auch Wagner, G. G. (2012): Die Inflation der Mittelschicht-Begriffe führt in die Irre. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2012.

2 Die empirischen Ergebnisse dieses Wochenberichts basieren auf einer Expertise der DIW Econ für die IG BCE, Arnold, M., Mattes, A., Wagner, G. G. (2015): Zur anhaltend prägenden Rolle des Normalarbeitsverhältnisses auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Berlin, www.igbce.de/vanity/renderDownloadLink/23242/118822. Für eine Diskussion dieser Befunde vgl. Hirschel, D., Krämer, R. (2015): Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften. *Sozialismus*, 43. Jg., Heft 2, 20-23; und Höhn, H. (2015): Ab durch die Mitte: eine Replik. *Sozialismus*, 43. Jg., Heft 4, 20-25.

3 Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.

4 Vgl. zuletzt BMAS (2013): *Lebenslagen in Deutschland: Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin; sowie Wagner, G. G. (2013): Anmerkungen zur Geschichte und Methodik des Armuts- und Reichtumsberichts. In: Hirschel, D., Paic, P., Zwick, M. (Hrsg.): *Daten in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung – Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Joachim Merz*. Wiesbaden, 51-70.

und Politik. Die Mitte der Gesellschaft wird vielmehr – nicht zuletzt aufgrund schwankender oder sinkender Einkommensanteile – immer wieder „unter Druck“ gesehen.⁵

Wer gehört zur ArbeitnehmerInnen-Mitte?

In diesem Bericht wird ein Aspekt der Entwicklung der Sozialstruktur seit 1984 in der Bundesrepublik Deutschland nachgezeichnet.⁶ Der Fokus liegt auf den normalen oder typischen Arbeitsverhältnissen abhängig Beschäftigter. Die Einkommensentwicklung wird nicht betrachtet.⁷ In den Blick genommen wird die Erwerbsbevölkerung, das heißt alle Personen im Alter von 18 bis 67 Jahren.⁸ Datenbasis ist die Langzeiterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP).⁹ Da das SOEP im Jahr 1984 in Westdeutschland begonnen wurde, ist damit der Anfangszeitpunkt der Analyse markiert. Die Mitte der 80er Jahre sind auch ein inhaltlich guter Startpunkt, da zu dieser Zeit in Westdeutschland kaum über eine Prekarisierung des Arbeitsmarkts diskutiert wurde. Das Normalarbeitsverhältnis wurde noch als dominierend angenommen. Dass viele Ehefrauen nicht erwerbstätig waren, wurde aber keineswegs als Ideal angesehen, sondern zunehmend, auch im Hinblick auf ihre Alterssicherung, diskutiert.¹⁰ Prekäre Beschäftigung gab es vermutlich reichlich, aber sie wurde statistisch nicht erfasst, da sie sich komplett im informellen Sektor abspielte (zum Beispiel bei haushaltsnahen Dienstleistungen).¹¹

5 Vgl. zum Beispiel jüngst Bosch, G., Kalina, T. (2015): Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck. IAQ-Report, Nr. 2015-4.

6 Bis 1989 nur Westdeutschland, 1990 BRD und DDR, ab 1991 das wiedervereinigte Deutschland. Der Untersuchung liegt das Wohnortkonzept zugrunde. Einbezogen sind somit die Bevölkerung und die Erwerbstätigen, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Ausgeklammert sind GrenzgängerInnen, die zu einem Job nach Deutschland pendeln.

7 Die Beschreibung und Analyse der Einkommensverteilung ist eine eigenständige und wichtige Fragestellung, vgl. jüngst Grabka, M.M. et al. (2016), a. a. O.

8 Diese Altersabgrenzung wird gewählt, da die Erwerbsbeteiligung vor dem 18. Lebensjahr niedrig ist und das 67. Lebensjahr künftig die normale Altersgrenze sein wird.

9 Das SOEP ist die am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland, die als Teil der Forschungsinfrastruktur unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft im DIW Berlin von Bund und Ländern gefördert wird. Die Erhebung erfolgt durch TNS Infratest Sozialforschung (München). Vgl. Wagner, G. G. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Bd. 2, Heft 4, 301-328.

10 Vgl. zum Beispiel Krupp, H.-J., Wagner, G. G. (1982): Zur Notwendigkeit einer Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung: Das Beispiel des Voll Eigenständigen Systems. Die Angestelltenversicherung, Heft 5, 169-176; Jäkel, S., Kirner, E. (1987): Immer mehr Frauen im Beruf: zur längerfristigen Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Frauen. DIW Wochenbericht Nr. 29, 393-402; sowie Kirner, E., Schulz, E., Roloff, J. (1990): Vereintes Deutschland – geteilte Frauengesellschaft? DIW Wochenbericht Nr. 41, 575-582.

11 Vgl. zum Beispiel Schwarze, J. (1990): Nebenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland: Umfang und Ursachen von Mehrfachbeschäftigung und Schattenwirtschaft. Frankfurt am Main.

Als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis gelten hier diejenigen Erwerbstätigen, die

- als ArbeitnehmerInnen (einschließlich BeamtInnen) voll- oder teilzeiterwerbstätig sind (ab 18 Stunden pro Woche),
- sich in einer Berufsausbildung befinden,
- an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen,
- oder im Mutterschutz beziehungsweise in Elternzeit sind.

Personen, die sich in einer Weiterbildung beziehungsweise im Mutterschutz/in Elternzeit befinden, werden als ArbeitnehmerInnen gezählt, da sie arbeitsmarktnah sind. Im Mutterschutz beziehungsweise während der Elternzeit liegt definitionsgemäß ein Arbeitsverhältnis zugrunde.

Solo-Selbständige sind keine abhängig Beschäftigten, aber oft nur für einen Auftraggeber tätig und mitunter sogar in dessen Betriebsablauf integriert. Deswegen werden sie hier als eigene Gruppe ausgewiesen.¹²

In diesem Bericht geht es um die Mitte der erwerbstätigen Bevölkerung und deren quantitative Entwicklung. Im Fokus steht dabei die Frage, ob gesamtwirtschaftlich betrachtet normale Beschäftigung durch prekäre Beschäftigung zurückgedrängt wurde.¹³

Leiharbeit kann anhand der verwendeten Daten nicht identifiziert werden. Die Zahl der bei den Leiharbeitsfirmen Beschäftigten ist zwar stark gestiegen – nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von 30 000 im Jahr

12 Nicht zur ArbeitnehmerInnen-Mitte zählen hier Personen, die unregelmäßig oder ausschließlich geringfügig erwerbstätig sind (Mini- oder Midi-JobberInnen), in Teilzeit mit weniger als 18 Stunden pro Woche arbeiten, als Selbständige/r oder UnternehmerIn mit MitarbeiterInnen oder LandwirtInnen erwerbstätig sind oder nicht erwerbstätig (einschließlich arbeitslos gemeldet) sind. Auch Personen unter 18 Jahren beziehungsweise über 67 Jahren, gehören in diesem Bericht nicht zur ArbeitnehmerInnen-Mitte.

13 Alle Auswertungen beruhen auf der Version v30 des SOEP (Format SOEPlong) und sind mit den Standard-Hochrechnungsfaktoren im SOEP-Datensatz querschnittsgewichtet. Vereinzelt fehlende Angaben bei einigen Variablen werden als qualitäts-neutrale Ausfälle behandelt, das heißt für diese Fälle wird implizit der Mittelwert der untersuchten Gruppe angenommen. Ausgewertet werden die Daten für die Jahre 1984 bis 2013. Als Basis der Auswertungen stehen für das Jahr 1984 (nur für Westdeutschland beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland) die Angaben von 12 178 Befragten (16-Jährige und Ältere) in 5 863 Haushalten zur Verfügung, 1990 13 889 Personen in 6 750 Haushalten (in der BRD und der DDR), 1991 13 587 Personen in 6 629 Haushalten (in Gesamtdeutschland beziehungsweise der BRD) und 2013 24 228 Befragungspersonen in 14 055 Haushalten. Im SOEP sind sogenannte Anstaltshaushalte, darunter beispielsweise BewohnerInnen von Alten- und Pflegeheimen, unterrepräsentiert. Nicht enthalten sind Insassen von Gefängnissen und in Deutschland arbeitende VertragsarbeitnehmerInnen und Saisonkräfte. Auch Pflegekräfte, die aus Osteuropa nach Deutschland pendeln (sofern sie nicht faktisch permanent hier leben), werden – wie auch von allen anderen statistischen Erhebungen – nicht erfasst.

1984 auf etwa 800 000 im Jahr 2016.¹⁴ Dennoch beträgt ihr Anteil an allen Beschäftigten nur etwa zwei Prozent. Das Bild über die Entwicklung der hier betrachteten Normalarbeitsverhältnisse wird dadurch nicht beeinflusst, wohl aber das Ausmaß unsicherer Arbeitsverhältnisse unterschätzt.

Alle Auswertungen sind deskriptiv, das heißt es wird kein Versuch unternommen, die Entwicklungen statistisch in einzelne Komponenten zu zerlegen und darauf basierend Kausalaussagen und Prognosen zu treffen. Ziel der Untersuchung ist es, einen differenzierten und teilweise neuen Blick auf die Entwicklungen zu werfen, die in den letzten Jahr(zehnt)en sehr spezifisch betrachtet wurden.

Empirische Ergebnisse

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren im Jahr 2013 etwa 40 Prozent in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt. Davon waren knapp 75 Prozent Vollzeitbeschäftigte, gut zehn Prozent regulär Teilzeitbeschäftigte und knapp fünf Prozent befanden sich in einer Lehre. Knapp zehn Prozent absolvierten eine Weiterbildung oder nahmen eine Elternzeit in Anspruch (Abbildung 1). Gut drei Prozent der Gesamtbevölkerung waren Solo-Selbständige, die als eigene Kategorie ausgewiesen werden.

Befristete Beschäftigung wird vielfach zu prekärer Beschäftigung gezählt. Im Jahr 2013 machten laut SOEP befristete Arbeitsverhältnisse etwa zwölf Prozent aller normalen Arbeitsverhältnisse in Vollzeit und 18 Prozent in Teilzeit aus. Der Anteil ist seit dem Jahr 2000 nicht gewachsen.¹⁵

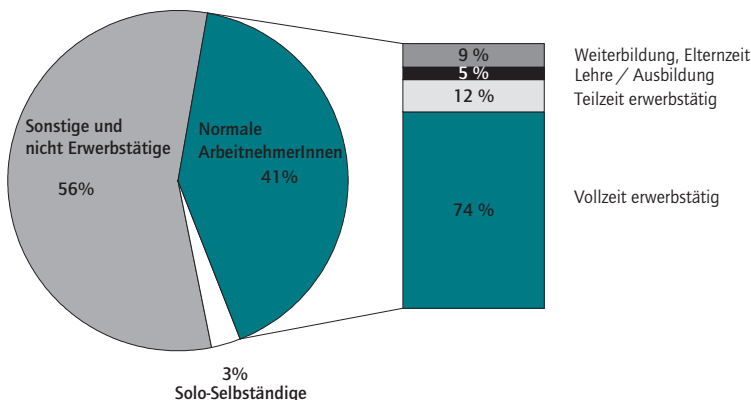
Bezogen auf die Erwerbsstruktur der Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland nur noch geringfügig (Abbildung 2). Immer noch gibt es in Ostdeutschland mehr Vollzeit-erwerbstätige und etwas mehr Nichterwerbstätige.

Eine nach Geschlecht differenzierte Betrachtung zeigt, dass nach wie vor mehr Frauen als Männer nicht erwerbstätig sind und dass Frauen häufiger einer „sonstigen Erwerbstätigkeit“ nachgehen – das heißt vor allem einer abhängigen Beschäftigung mit kurzer Arbeitszeit (Abbildung 3). Entsprechend groß ist der Unterschied mit Blick auf die Vollzeiterwerbstätigkeit zwischen den Geschlechtern.

Abbildung 1

Normale ArbeitnehmerInnen¹ in Deutschland (2013)

In Prozent



¹ Gewichtete Werte.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

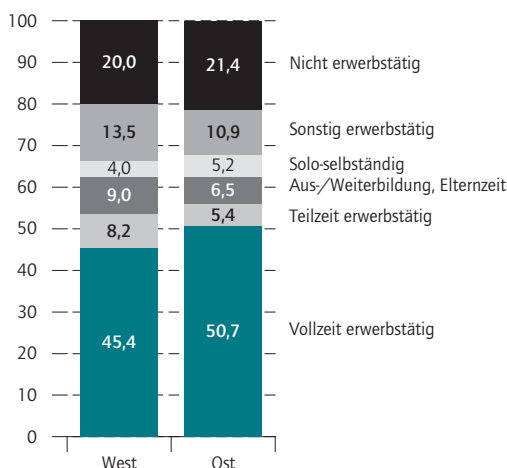
© DIW Berlin 2016

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind mehr als 40 Prozent der Menschen in Deutschland im Jahr 2013 normale ArbeitnehmerInnen.

Abbildung 2

Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung nach West- und Ostdeutschland (2013)

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

West- und Ostdeutschland unterscheiden sich hinsichtlich der Erwerbsstruktur der Bevölkerung nur wenig.

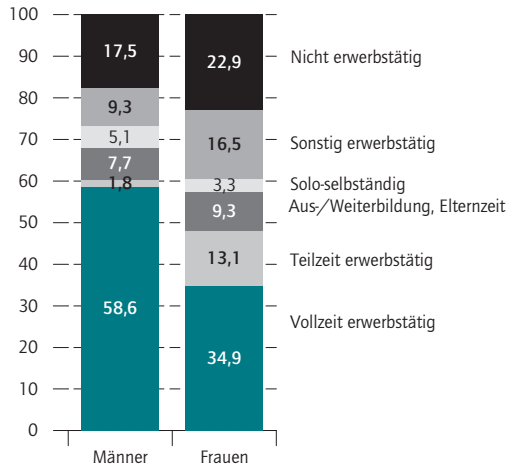
¹⁴ Der Mikrozensus weist weniger Leiharbeiter aus, und die Zahl ist seit 2010 rückläufig.

¹⁵ Vor dem Erhebungsjahr 2000 wurden befristete Beschäftigte nicht vergleichbar erhoben.

Abbildung 3

Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung nach Geschlecht (2013)

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

Nach wie vor sind deutlich mehr Männer als Frauen Vollzeit erwerbstätig.

Anteil der normalen Beschäftigungsverhältnisse an allen Erwerbsfähigen über die Zeit nicht gesunken

Bei der Betrachtung über die Zeit seit 1984 ist die deutsche Wiedervereinigung zu berücksichtigen (Abbildung 4). Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik stieg die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland von etwa 60 Millionen auf über 80 Millionen an. Außerdem gab es in der DDR fast ausschließlich Normalarbeitsverhältnisse.

Auf die strukturelle Gliederung der Bevölkerung, etwa in Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, hatte die Wiedervereinigung aber nur relativ geringe Auswirkungen (Abbildung 5). Dies liegt vornehmlich daran, dass die Menschen in Ostdeutschland nur etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Deutlich wird auch, dass die vieldiskutierte demografische Alterung der Bevölkerung sich bislang kaum ausgewirkt hat. Der Anteil der überwiegend nicht erwerbstätigen Jungen unter 18 Jahren und der der Alten über 67 Jahren ist kaum gestiegen. Deutlich erkennbar ist, dass in Deutschland insgesamt der Anteil der nicht erwerbstätigen Personen seit 1984 (bis 1990 nur Westdeutschland) zurückgegangen ist. Selbst im Vergleich zu 1990, als die Erwerbsbeteiligung auf dem Gebiet der DDR deutlich höher war als in der Bundesrepublik Deutschland, ist der Anteil der Erwerbsfähigen, die nicht erwerbstätig sind, kleiner geworden.

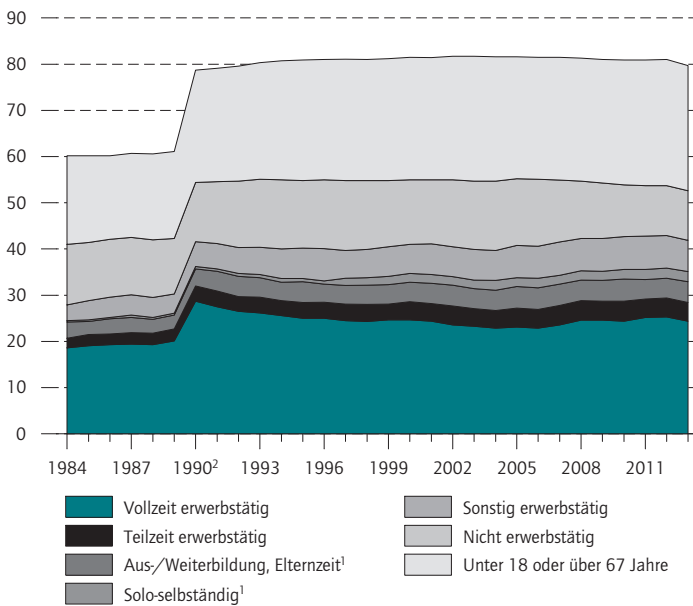
Der Blick auf die Erwerbsfähigen, hier operationalisiert als Gruppe der 18- bis 67-Jährigen, zeigt, dass der Anteil der Nichterwerbstätigen von 32 Prozent im Jahr 1984 (Westdeutschland) auf 20 Prozent im Jahr 2013 (Gesamtdeutschland) zurückgegangen ist (Abbildung 6). Der Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit nach dem Jahr 1990, der mit einer hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland einherging, ist seit dem Jahr 2006 wieder wettgemacht worden. Diejenigen Gruppen, die nicht zur Mitte der ArbeitnehmerInnen zählen (darunter auch die Solo-Selbständigen¹⁶) sind – gemessen an allen Erwerbsfähigen – moderat angewachsen.

Dieser Befund ist kompatibel mit dem Phänomen, dass anormale Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat; was oft mit einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt gleichgesetzt wird. Üblicherweise werden die Anteile der unterschiedlichen

Abbildung 4

Verteilung der Gesamtbevölkerung¹

In Millionen Personen



¹ Gewichtete Werte; Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.

² Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

Mit der Wiedervereinigung stieg die Bevölkerungszahl von 60 Millionen auf 80 Millionen Menschen.

¹⁶ Bis 1997 wurden ausschließlich FreiberuflerInnen im SOEP separat erfasst. Sonstige Selbständige ohne MitarbeiterInnen waren Teil der Gruppe „Selbständige mit weniger als neun MitarbeiterInnen“. Seit 1997 werden sie ebenfalls eigenständig geführt und bilden zusammen mit den FreiberuflerInnen die Gruppe der Solo-Selbständigen.

Beschäftigungstypen nicht auf alle Erwerbsfähigen bezogen, sondern nur auf die Erwerbstätigen. Damit wird die Strukturveränderung innerhalb der aktiv Beschäftigten umrissen; ausgeblendet wird indes, dass sich in Bezug auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Anteil der Personen in Normalarbeitsverhältnissen im Vergleich von 1984 zu heute praktisch nicht verändert hat.

Zählt man nur Voll- und regulär Teilzeiterwerbstätige zu den normal Beschäftigten, ging ihr Anteil an allen Erwerbstätigen von 85 Prozent im Jahr 1984 auf 76 Prozent im Jahr 2013 zurück (Abbildung 7). Betrachtet man stattdessen alle Erwerbsfähigen, liegt der Anteil der normal Beschäftigten hingegen 2013 mit 54 Prozent sogar etwas höher als im Jahr 1984 mit 51 Prozent (Abbildung 6).

Anteil unregelmäßig und geringfügig erwerbstätiger Personen an allen Erwerbstätigen auf vergleichsweise geringem Niveau

Geringfügig Beschäftigte (seit 2003 sogenannte Mini-JobberInnen) sind abhängig Beschäftigte, deren Monatslohn einen bestimmten Betrag nicht überschreitet (zurzeit 450 Euro; 1984 waren es 390 DM) oder die unregelmäßig und jeweils nur für kurze Zeit erwerbstätig sind.¹⁷ Sie erwerben nur geringe Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme. Nur der Arbeitgeber zahlt Steuern und Beiträge zu den Sozialversicherungen. Die Grenzen zur Schwarzarbeit sind in der Realität fließend.

In den Auswertungen wurden die ausschließlichen Mini-JobberInnen den sonstigen Erwerbstätigen zugerechnet, die nicht zur Mitte der ArbeitnehmerInnen zählen.¹⁸

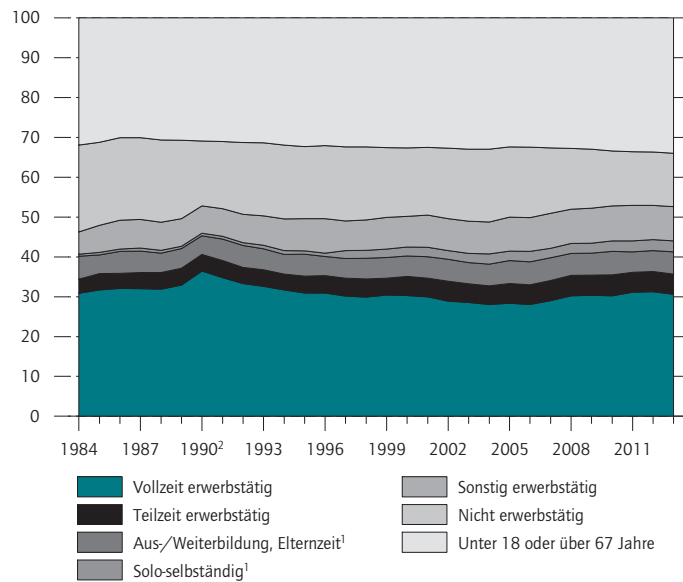
¹⁷ Vgl. Wagner, G.G. (1988), a. a. O.

¹⁸ Die statistische Erfassung der geringfügigen Beschäftigung ist schwierig, da einige Mini-JobberInnen sich nicht als in der Hauptsache erwerbstätig einstufen, vgl. dazu Schwarze, J. (1990): Probleme und Möglichkeiten bei der Erfassung geringfügiger Beschäftigung. Allgemeines Statistisches Archiv, 74. Jg., 345-360; Schwarze, J. (1992): Geringfügige Beschäftigung in der Erwerbsstatistik - Anmerkungen zur Änderung des Leitfragenkonzeptes im Mikrozensus und Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels für 1990. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg., 534-543. Deswegen muss man davon ausgehen, dass der amtliche Mikrozensus die Zahl der Mini-Jobs untererfasst, vgl. Joachim, J., Kaiser, L., Schupp, J., Wagner, G. G. (1999): Zur Erhebungsproblematik geringfügiger Beschäftigung: Ein Strukturvergleich des Mikrozensus mit dem sozio-ökonomischen Panel und dem Europäischen Haushaltspanel. In: Lüttinger, P. (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus. ZUMA Nachrichten Spezial, Band 6, Mannheim, 93-118). Das SOEP - bei dem an zwei Stellen im Fragebogen nach Mini-Jobs gefragt wird (als Haupterwerbstätigkeit und als Nebentätigkeit) weißt mehr Mini-Jobs aus, allerdings auch viel weniger als die Minijob-Zentrale, bei der Mini-Jobs gemeldet werden müssen. Es ist aber davon auszugehen, dass dort auch viele „Karteileichen“ dabei sind (und einige „Mini“-JobberInnen werden unter verschiedenen Namen mehrfache Mini-Jobs ausüben).

Abbildung 5

Verteilung der Gesamtbevölkerung¹

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.
² Bis 1990 nur Westdeutschland.

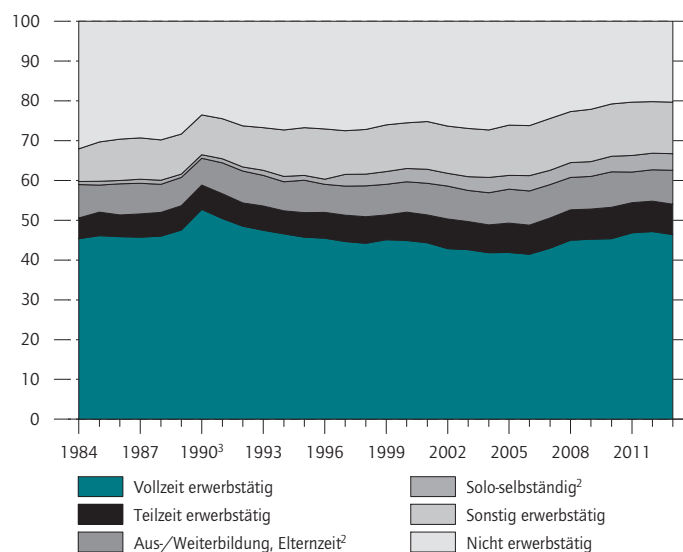
Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

Die Wiedervereinigung hat die Erwerbstruktur der Bevölkerung kaum beeinflusst.

Abbildung 6

Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung

In Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

² Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.
³ Bis 1990 nur Westdeutschland.

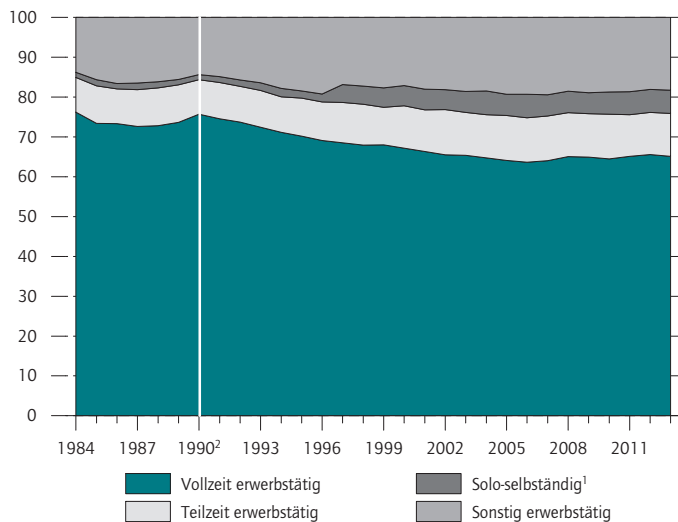
Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

Der Anteil der Nichterwerbstätigen an allen Erwerbsfähigen ist seit 1984 deutlich gesunken.

Abbildung 7

Verteilung der erwerbstätigen Personen¹

In Prozent



1 Gewichtete Werte; Unterschätzung der Solo-Selbständigen vor 1997.
 2 Bis 1990 nur Westdeutschland.
 Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

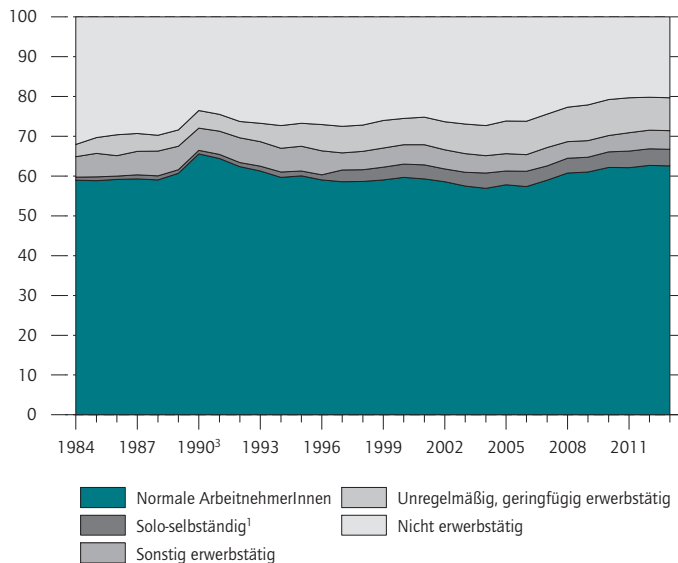
© DIW Berlin 2016

Der Anteil der normal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahrzehnten etwas zurückgegangen.

Abbildung 8

Unregelmäßig oder geringfügig erwerbstätige Personen¹

Anteil an allen Erwerbsfähigen² in Prozent



1 Gewichtete Werte; Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/Mutterschutz vor 1990.
 2 Bevölkerung im Alter von als 18 bis 67 Jahren.
 3 Bis 1990 nur Westdeutschland.
 Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

Gemessen an allen Erwerbsfähigen machen Mini-JobberInnen nur einen kleinen Anteil aus.

Betrachtet man die Mini-JobberInnen indes als eigene Gruppe, zeigt sich ein deutlicher Anstieg seit den 90er Jahren, insbesondere nach dem Jahr 2002, als die Reform geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse wirksam wurde (Abbildung 8). Allerdings machen auch heute noch ausschließliche Mini-JobberInnen nur einen kleinen Anteil an allen Erwerbsfähigen aus.

Ohne Zweifel befinden sich Personen, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus den Einkünften eines Mini-Jobs bestreiten, in einer prekären Lebenssituation, wenn sie nicht auf Vermögenseinkommen zurückgreifen können. Nicht wenige Mini-JobberInnen stocken ihr Einkommen mit Arbeitslosengeld II auf.¹⁹ Es ist allerdings nicht sinnvoll, alle Mini-JobberInnen als prekär Beschäftigte zu bezeichnen, da es etliche unter ihnen gibt, die in einem Haushalt leben, in dem mindestens ein/e normal Beschäftigte/r oder ein/e andere/r Erwerbstätige/r lebt. Auch Studierende, die einen Mini-Job ausüben, sind vielfach in einer schwierigen Lebenssituation. In einer tatsächlich prekären Situation befinden sich aber nur die Mini-JobberInnen (ohne Studierende), in deren Haushalten sonst keine BezieherInnen von Erwerbseinkommen leben. Diese Gruppe ist relevant und seit dem Jahr 1991 ist sie auch gewachsen, gemessen an allen Erwerbsfähigen war ihr Anteil mit etwa drei Prozent im Jahr 2013 jedoch nicht groß (Abbildung 9).

Solo-Selbständige sind weiterhin eine relativ kleine Gruppe

Bei Solo-Selbständigen wird zwischen FreiberuflerInnen und Selbständigen (jeweils ohne MitarbeiterInnen) unterschieden (Abbildung 10). Etwa die Hälfte der Solo-Selbständigen sind FreiberuflerInnen, die nicht per se prekär beschäftigt sind und zumindest teilweise ein ausreichendes oder gar hohes Einkommen erzielen.²⁰ Die Bedeutung der Solo-Selbständigkeit hat über die Zeit zwar deutlich zugenommen, ein tiefgreifender Strukturwandel der gesamten Arbeitswelt, etwa durch Digitalisierung, ist momentan jedoch nicht erkennbar. Seit 2012 geht die Zahl der Solo-Selbständigen sogar leicht zurück.²¹

19 Im Juni 2013 waren es etwa 620 000 Personen, vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2014): Hintergrundinformationen. Neue Ergebnisse zu sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitslosengeld-II-Beziehern in Vollzeit und Teilzeit. Nürnberg, 3.

20 Zu beachten ist, dass der Anstieg von 1997 auf 1998 auf messtechnische Gründe zurückzuführen ist: Vor dem Jahr 1997 konnten im SOEP Solo-Selbständige nicht identifiziert werden, da sie in die Gruppe der Selbständigen mit weniger als neun Mitarbeitern einsortiert wurden.

21 Vgl. dazu auch Brenke, K. (2015): Selbständige Beschäftigung geht zurück. DIW Wochenbericht Nr. 36/2015, 790–796.

Anteil der Haushalte mit normalen ArbeitnehmerInnen blieb weitgehend konstant

Um die soziale Lage der Erwerbstätigen besser beurteilen zu können, ist ihr Haushaltskontext zu beachten. In den Blick genommen wird, in wie vielen Haushalten mindestens ein/e ArbeitnehmerIn mit einem Normalarbeitsverhältnis lebt.

Der Anteil der Haushalte mit mindestens einem/r normalen ArbeitnehmerIn an allen Haushalten liegt seit dem Jahr 1984 durchweg über 50 Prozent (Abbildung 11). Der Rückgang von 61 Prozent im Jahr 1984 auf 52 Prozent im Jahr 2013 hängt mit der Alterung der Bevölkerung zusammen. Schließt man Haushalte mit ausschließlich älteren Menschen (über 67 Jahren) aus der Betrachtung aus, findet sich seit 1984 in durchweg in zwei Dritteln der Haushalte ein/e ArbeitnehmerIn in einem Normalarbeitsverhältnis. Allerdings ist der Anteil von etwa 76 Prozent (Westdeutschland) auf 69 Prozent (Gesamtdeutschland) zurückgegangen (Abbildung 12). Eine stark um sich greifende Prekariisierung ist auf Haushaltsebene daher in dieser Hinsicht nicht erkennbar.

Schlussfolgerungen

Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist der Anteil von ArbeitnehmerInnen in den hier betrachteten Normalarbeitsverhältnissen seit Mitte der 80er Jahre (damals nur Westdeutschland betrachtet) nicht zurückgegangen. Er liegt im Gegenteil recht stabil bei etwa 60 Prozent.²² Zurückgegangen ist der Anteil jener, die im erwerbsfähigen Alter (18 bis 67 Jahre) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (der Anteil sank von fast einem Drittel auf etwa 20 Prozent). Auch wenn es unter den Erwerbstätigen mit Blick auf die Normalarbeitsverhältnisse durchaus Verdrängungseffekte gab, ist durch diese Entwicklung die normale Beschäftigung in Voll- oder Teilzeit nicht geringer geworden.

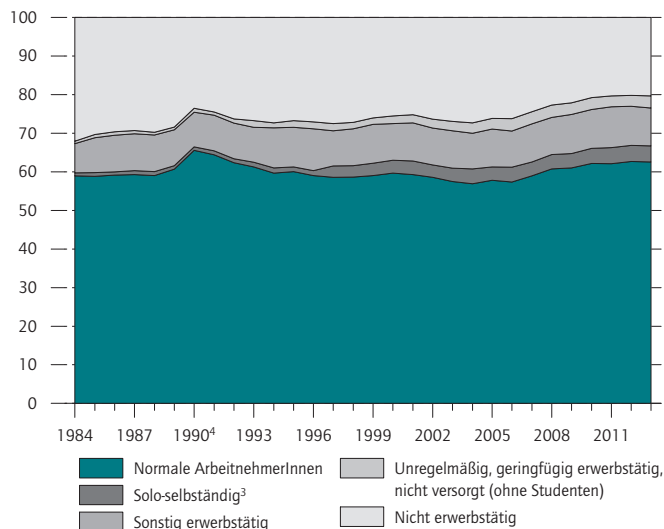
Es hat – wie gesagt – unter den Erwerbstätigen eine Strukturverschiebung gegeben: Während in den 80er Jahren in Westdeutschland Solo-Selbständigkeit und Mini-Jobs (beziehungsweise geringfügige Beschäftigung) nur eine kleine Rolle spielten, ist ihre Bedeutung in der Arbeitswelt gewachsen. Zuwächse gab es ebenfalls bei der Leiharbeit, der jedoch reguläre und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zugrunde liegen können. Bei der Beurteilung der Arbeitswelt muss auch berücksichtigt werden, dass es inzwischen deutlich mehr Arbeitneh-

²² Seit 2013 ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter noch weiter angestiegen und die Zahl der Erwerbstätigen in übrigen Erwerbsformen gesunken. Vgl. Fuchs, J. et al. (2016): Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot so hoch wie nie. IAB-Kurzbericht Nr. 6/2016.

Abbildung 9

Unregelmäßig und geringfügig erwerbstätige Personen ohne „weitere Versorgung“¹

Anteil an allen Erwerbsfähigen² in Prozent



¹ Gewichtete Werte; geringfügig erwerbstätige Personen (ohne Studierende), die nicht in Haushalten mit mindestens einer normal oder sonstig erwerbstätigen Person leben.

² Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.

³ Unschärfen bei Solo-Selbständigen vor 1997.

⁴ Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

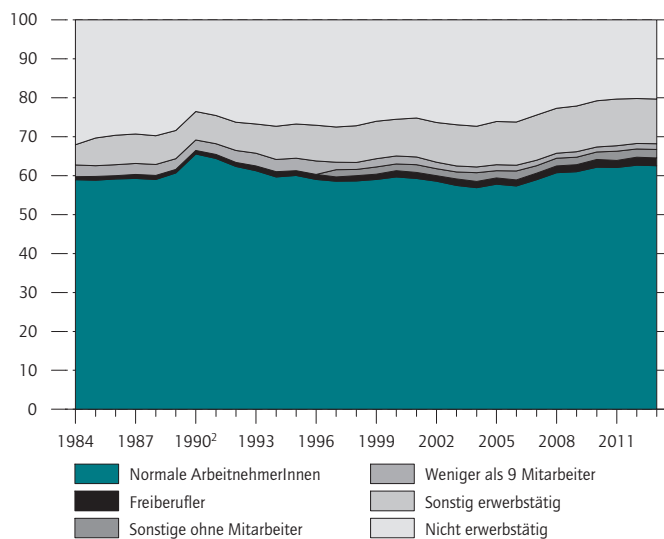
© DIW Berlin 2016

Der Anteil der prekär Beschäftigten ohne weitere Versorgung an allen Erwerbsfähigen ist seit 1991 zwar gestiegen, aber nur in geringem Maß.

Abbildung 10

Solo-Selbständige

Anteil an allen Erwerbsfähigen¹ in Prozent



¹ Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von als 18 bis 67 Jahren.

² Bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

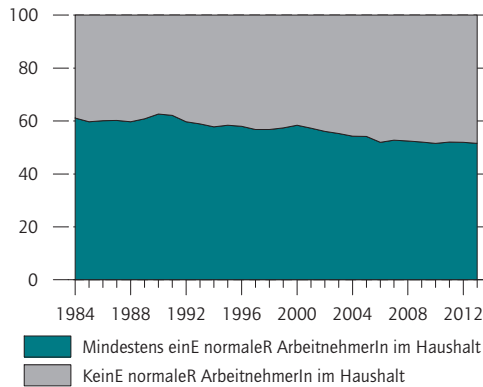
© DIW Berlin 2016

Die Bedeutung der Solo-Selbständigen hat über die Zeit leicht zugenommen.

Abbildung 11

Haushalte mit mindestens einem/r normalen ArbeitnehmerIn¹

Anteil in Prozent



¹ Gewichtete Werte; bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

In der Mehrheit der Haushalte lebt mindestens eine normal beschäftigte Person.

merInnen gibt, die nach Deutschland pendeln. VertragsarbeitnehmerInnen, SaisonarbeiterInnen und im informellen Sektor tätige Pflegekräfte verändern das Bild der Arbeitswelt – ohne jedoch die Erwerbstätigkeit der InländerInnen direkt zu beeinflussen.

Es sei auch betont, dass trotz der unverändert zentralen Bedeutung normaler Voll- und Teilzeitarbeit die in der Mitte der Arbeitnehmerschaft erzielten Löhne unter Druck geraten sind. Es gibt nicht weniger normale ArbeitnehmerInnen, aber deren Einkommenssituation ist vielfach ungünstiger geworden.²³

Der Anstieg der nicht normalen oder atypischen Beschäftigung ist keineswegs einer Art naturgesetzlichen Wandels hin zu einer Risikogesellschaft zu verdanken,²⁴ sondern lässt sich mit Entwicklungen erklären, die auf politische Entscheidungen in Deutschland zurückgehen. Dazu zählen insbesondere die Reformen im Rahmen der Agenda 2010: Die Liberalisierung der Arbeitnehmerüberlassung, die Lockerung der Regelungen bei den Mini-Jobs, wodurch diese Beschäftigungsform deutlich zugenommen hat,²⁵ oder die zeitweilig starke Sub-

²³ Vgl. Grabka, M. M. et al. (2016), a. a. O.

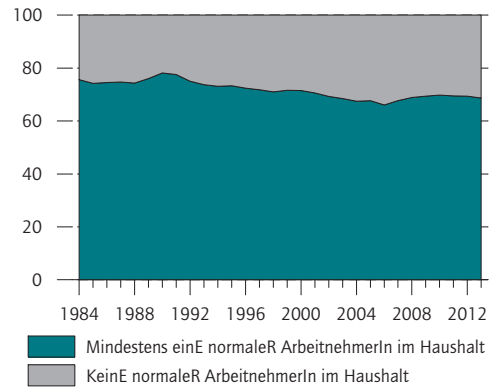
²⁴ Vgl. auch Wagner, G. G. (2011): Wir sind der Risikogesellschaft nicht ausgeliefert. DIW Wochenbericht Nr. 25/2011.

²⁵ Vgl. Grabka, M. M. et al. (2016), a. a. O.

Abbildung 12

Haushalte mit erwerbsfähigen Personen und mindestens einem/r normalen ArbeitnehmerIn¹

Anteil in Prozent



¹ Gewichtete Werte; ohne Haushalte, deren Mitglieder alle über 67 Jahre sind, bis 1990 nur Westdeutschland.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v30); Berechnungen der DIW Econ.

© DIW Berlin 2016

In durchgehend etwa zwei Drittel der Haushalte, in denen erwerbsfähige Personen leben, ist mindestens eine Person normal beschäftigt.

ventionierung arbeitsloser ExistenzgründerInnen. All das fand zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit statt und stimulierte die Ausweitung von nicht normalen Arbeitsverhältnissen. Die Subventionierung von Existenzgründungen ist inzwischen zurückgefahren worden und die Privilegierung der Mini-Jobs könnte abgeschafft werden.²⁶

Es gibt weiterhin Sachverhalte, die sich nicht förderlich auf normale Arbeitsverhältnisse auswirken:

Erstens gibt es nach wie vor kein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung,²⁷ mit der Folge, dass oft nicht beide Elternteile – und vor allem kaum Alleinerziehende – einer normalen Beschäftigung nachgehen können. Zweitens wurde das BAFöG in realer Betrachtung so weit zurückgefahren, dass auch Studierende aus weniger einkommensstarken Familien heute nicht mit einer Förderung rechnen können und oftmals in Mini-Jobs arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Drittens sind Selbständige bisher nicht in die gesetzliche Altersvorsorge und in die Unfallversicherung einbezogen. Das könnte dazu geführt haben, dass eine selbständige Be-

²⁶ Vgl. Grabka, M. M. et al. (2016), a. a. O.

²⁷ Vgl. zum Beispiel Müller, K.-U., Spieß, C. K., Wrohlich, K. (2013): Rechtsanspruch auf Kitaplatz ab zweitem Lebensjahr: Erwerbsbeteiligung von Müttern wird steigen und Kinder können in ihrer Entwicklung profitieren. DIW Wochenbericht, Nr. 32/2013, 3-12.

NORMALARBEITSVERHÄLTNISSE

schäftigung aufgenommen und weitergeführt wurde, ohne dass damit Einkommen erzielt werden können, mit denen auch für das Alter vorgesorgt werden kann. Die erstgenannten zwei Entwicklungen könnten auch umgekehrt werden und für bislang nicht entsprechend abgesicherte Selbständige könnte eine Versicherungspflicht für Alter und Unfall eingeführt werden. Damit könnten Anreize gesetzt werden, um prekäre Beschäftigung unattraktiver zu machen und stattdessen normale Beschäftigung entstehen zu lassen.

Michael Arnold ist Junior Consultant bei der DIW Econ | marnold@diw-econ.de
Anselm Mattes ist Senior Consultant bei der DIW Econ | amattes@diw-econ.de

Prekäre Beschäftigung in erheblichem Ausmaß gibt bei AusländerInnen. Diese wird aber oft gar nicht wahrgenommen und taucht zum Teil auch nicht in den Statistiken auf: VertragsarbeitnehmerInnen aus dem Ausland, die zum Teil unter unwürdigen Bedingungen in Deutschland arbeiten und leben, Saisonarbeitskräfte für die Spargel- und Obsternte und schließlich Tausende von Frauen, die Haushalts- und Pflegetätigkeiten „freiberuflich“ ausüben. Diesen Gruppen fehlt aber eine durchsetzungsstarke Vertretung in Deutschland.

Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin | gwagner@diw.de

TYPICAL EMPLOYMENT SUBJECT TO MANDATORY SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS REMAINS THE NORM

Abstract: Since the 1980s, in (West)Germany has been a substantial decline in the number of people of working age who are not in paid employment. Accordingly, the share of 18- to 67-year-olds without a job has also fallen. This increase in employment figures primarily benefited those in marginal employment or solo entrepreneurs and had less of an impact on those in typical employment. In fact, the present analysis, based on data from the Socio-Economic Panel (SOEP) study, shows that there has been

no decline in the share of those of working age who are in typical employment. However, individuals in atypical employment are exposed to some very specific risks. There are various possible measures that may help counteract this type of employment, including abolishing the special legislation on “mini-jobs” (salary of up to 450 euros per month), expanding childcare options, and introducing mandatory retirement and accident insurance for the uninsured self-employed.

JEL: E24, J21, Z13

Keywords: labor force participation, middle class, atypical employment, SOEP



Prof. Dr. Gert G. Wagner, Mitglied
des Vorstands am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN GERT G. WAGNER

»Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist alles andere als ein Auslaufmodell«

1. Herr Wagner, der Soziologe Ulrich Beck hat in den 80er Jahren in seinem Buch „Risikogesellschaft“ unterstellt, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung werde sinken und die „prekäre“ Beschäftigung steigen. Ist es so gekommen? **Nein.** Prekäre Beschäftigungsverhältnisse kommen zwar insbesondere seit der Jahrtausendwende häufiger vor, trotzdem ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht geschrumpft. In den letzten Jahren hat sie sogar deutlich zugenommen.
2. Wie passt das zusammen? **Ganz einfach:** Mehr Menschen sind erwerbstätig. Und viele derer, die das früher nicht gewesen wären, sind heute zwar, wie man das sagt, prekär beschäftigt. Allerdings ging die Ausweitung der Jobs in diesem Bereich nicht zulasten der normalen Beschäftigung.
3. Gilt das für Männer und Frauen gleichermaßen? **Beim Rückgang der Nichterwerbstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um einen Rückgang bei den Frauen, die früher eher haushaltsführend waren. Das war übrigens auch eine durchaus riskante Lebensform!**
4. Wie groß ist hierzulande der Anteil normaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? **Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Beamten machen ungefähr die Hälfte aller erwerbsfähigen Personen aus. Gemessen an den tatsächlich erwerbstätigen Personen liegt ihr Anteil sogar noch deutlich höher. Die vielfach diskutierte Leiharbeit macht nur etwa zwei Prozent aller Erwerbstätigen aus. Und befristete Beschäftigung gab es auch schon in den 80er Jahren: Seit 2000 liegt der Anteil – gemessen an allen Beschäftigten – konstant bei etwa zwölf bis 13 Prozent. Für besonders wichtig halte ich, dass der Anteil der Haushalte, in denen mindestens eine Person im erwerbsfähigen Alter und mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig oder als Beamter tätig ist, bei etwa zwei Dritteln liegt.**
5. Wie ist die Entwicklung im Bereich der prekär Beschäftigten? **Nach der Jahrtausendwende war ein Anstieg insbesondere bei Solo-Selbständigkeit und geringfügiger beziehungsweise unregelmäßiger Nebenbeschäftigung zu beobachten. Mittlerweile kann man aber davon ausgehen, dass dieser Anteil seit Jahren** konstant ist. **Die Soloselbständigkeit ist in den vergangenen Jahren sogar zurückgegangen.**
6. Wie ist das zu erklären? **Die Soloselbständigkeit wurde ja gewissermaßen erfunden und gefördert, als wir eine hohe Arbeitslosigkeit hatten. Das ist nicht mehr der Fall, und Soloselbständige nutzen heutzutage die Chance, wieder in eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzukehren.**
7. Die Politik hat seit der Jahrtausendwende für eine Ausbreitung von Minijobs gesorgt. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme? **Es war meiner persönlichen Meinung nach niemals notwendig, dass man diese Ausweitung angestrebt hat. Meines Erachtens sollte man die Privilegierung von Minijobs schlicht und einfach abschaffen. Sie stellen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Falle dar. Wenn man erst einmal in einem Minijob ist, ist es erfahrungsgemäß nicht so einfach, da herauszukommen. Zudem wird ein großer Teil der Minijobs von Studierenden ausgeübt. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist das für diese vernünftig und notwendig. Hier schlage ich vor, dass die Ausbildungsförderung erhöht werden sollte, damit Studierende nicht nebenbei arbeiten müssen, sondern schnell ihr Studienziel erreichen können.**
8. Glauben Sie, dass das Angestelltenverhältnis auch in Zukunft das normale Arbeitsverhältnis sein wird, oder sehen Sie Tendenzen, dass sich andere Entwicklungen aufzeigen? **Ich persönlich bin davon überzeugt, dass das normale Angestelltenverhältnis auch die Normalität bleiben wird, und zwar ganz überwiegend. Vieles, was jetzt über „Crowd Worker“ oder die „Gig Economy“ gesagt wird, ist meines Erachtens eher ein Phänomen des Feuilletons. Was aber nicht bedeutet, dass man die soziale Vorsorge für Selbständige nicht verbessern sollte: Ich persönlich erachte eine Versicherungspflicht für Unfälle und eine verpflichtende Altersvorsorge als sinnvoll. Selbständige, die nicht ohnehin schon abgesichert sind, wie viele Freiberufler und Handwerker, könnten in die Unfall- und Rentenversicherung einbezogen werden.**

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/mediathek

Rohölmarkt: US-amerikanisches Schieferöl schwächt Marktmacht der OPEC

Von Aleksandar Zaklan und Claudia Kemfert

In den USA ist die Förderung von Schieferöl aufgrund hoher Rohölpreise zu Beginn dieses Jahrzehnts sowie technologischer Fortschritte in den letzten Jahren stark gestiegen. Diese Entwicklung hat im Zusammenspiel mit einer dauerhaft hohen Ölförderung der OPEC-Staaten und einer stagnierenden globalen Ölnachfrage zu einem starken Preisverfall und einem beträchtlichem Lageraufbau geführt. Durch die im Vergleich zu konventionellen Fördermethoden deutlich kürzeren Förderzyklen beim Schieferöl erhöht sich insgesamt die Flexibilität des Ölangebots. Dies beschränkt die Möglichkeiten der OPEC-Staaten, durch einen strategischen Einsatz ihrer Produktionskapazitäten den Marktpreis zu beeinflussen. Der Ölpreis orientiert sich vielmehr zunehmend an den Durchschnittskosten der US-amerikanischen Schieferölförderung. Falls es nicht kurzfristig zu bedeutenden Angebotsausfällen kommt, ist derzeit nicht mit einem Anstieg der Ölpreise auf das hohe Niveau der letzten Jahre zu rechnen.

Die Rohölpreise sind seit Mitte 2014 stark gesunken und befinden sich aktuell ungefähr auf dem Niveau vom Beginn des vergangenen Jahrzehnts (Abbildung 1). Dieser im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre niedrige Ölpreis begünstigt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erdölimportierender Länder wie etwa Deutschland, während erdölexportierende Staaten teilweise beträchtliche wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen.¹ So nimmt beispielsweise Saudi-Arabien zum ersten Mal seit den frühen 90er Jahren einen Kredit bei internationalen Banken auf, um ein aufgrund gesunkener Öleinnahmen entstandenes Budgetdefizit zu decken.

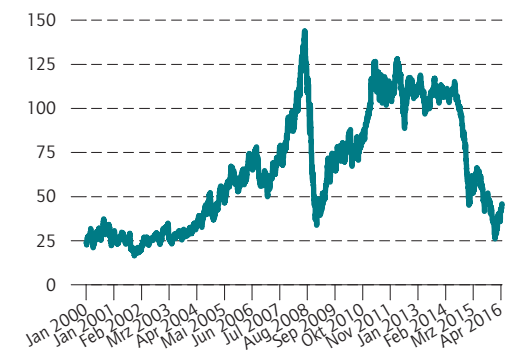
Da die Ölförderung jedoch in relativ wenigen Ländern konzentriert ist und die bedeutenden Volkswirtschaften in der

¹ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015): Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro. DIW Wochenbericht Nr. 17/2015.

Abbildung 1

Spotmarktpreis¹ für Rohöl

In US-Dollar pro Fass



¹ Sorte Brent am Handelsplatz London.

Quelle: U.S. Energy Information Administration.

Derzeit bewegen sich die Preise auf dem Niveau vom Anfang des vergangenen Jahrzehnts.

Regel Nettoimporteure von Öl sind, ergibt sich aus der aktuellen Preisentwicklung insgesamt ein positiver Impuls für die globale Wirtschaftsleistung. Dieser Effekt speist sich insbesondere aus Wachstumsimpulsen für Industrieländer, während sich für Schwellenländer ein weniger positives Bild ergibt.² Insbesondere die aktuell schwächere Konjunkturdynamik in China und Wachstumsschwächen in anderen Schwellenländern lassen kurzfristig kein starkes Wachstum der Ölnachfrage erwarten.

Steigendes Ölangebot insbesondere durch Zuwächse im Irak und in den USA

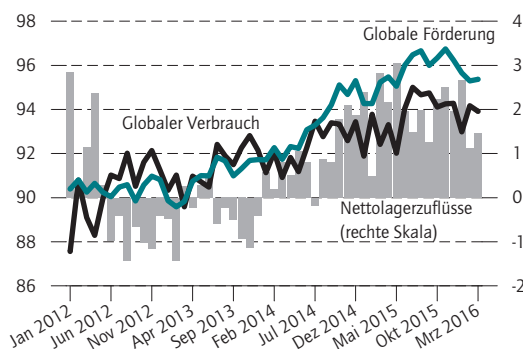
Seit Anfang 2012 ist das globale Ölangebot von circa 90 auf etwa 96 Millionen Fass pro Tag gestiegen. Während die Nachfrage nach Öl mit dieser Erhöhung des Angebots bis etwa Mitte 2014 Schritt hielt, besteht seitdem ein deutlicher Angebotsüberschuss, der mit einem beträchtlichen Lageraufbau und einem gleichzeitigen Preisverfall einher geht (Abbildung 2). Seit Anfang 2012 hat sich der Ölpreis von ungefähr 120 auf rund 40 US-Dollar pro Fass reduziert. Dieser Preisverfall ist die Folge einer Kombination von angebots- und nachfrageseitigen Einflüssen.³ Die hohen Lagerbestände stellen kurzfristig einen Puffer gegen einen wesentlichen Anstieg des durchschnittlichen Preisniveaus dar.

2 Fichtner, F. et al. (2016): Wachstum der Weltwirtschaft bleibt schwach. DIW Wochenbericht Nr. 11/2016.
 3 Vgl. Baumeister, C., Kilian, L. (2016): Understanding the Decline in the Price of Oil since June 2014. Journal of the Association of Environmental and Resource Economists 3(1), 131-158.

Abbildung 2

Globale Förderung, Verbrauch und Lagerzuflüsse von Erdöl

In Millionen Fass pro Tag



Quelle: U.S. Energy Information Administration.

© DIW Berlin 2016

Seit Mitte 2014 übersteigt das Angebot die Nachfrage deutlich.

Der überwiegende Anteil des Produktionsanstiegs seit 2012 ist auf Ausweitungen der Produktion in zwei Ländern zurückzuführen, nämlich im Irak und in den USA, während die Förderung in anderen großen ölproduzierenden Ländern relativ stabil geblieben ist (Abbildung 3). Die Förderung im Irak ist seit Anfang 2012 von etwa 2,5 auf über vier Millionen Fass pro Tag gestiegen. Die irakische Regierung plant eine weitere Steigerung der Produktion auf etwa neun Millionen Fass pro Tag im Jahr 2020.⁴ Durch diesen Anstieg wurden beispielsweise bürgerkriegsbedingte Produktionsausfälle in Libyen mehr als ausgeglichen. In den restlichen Staaten der Organisation erdölexportierender Länder (Organization of the Petroleum Exporting Countries, OPEC) blieben die Fördermengen im gleichen Zeitraum weitgehend stabil.

Die Ölförderung in den USA hat sich seit Anfang 2012 von gut sechs auf über neun Millionen Fass pro Tag erhöht. Diesem Anstieg liegt eine massive Ausweitung der Produktion von Schieferöl⁵ (Tight Oil) zu Grunde, während die konventionelle Förderung stagniert bezie-

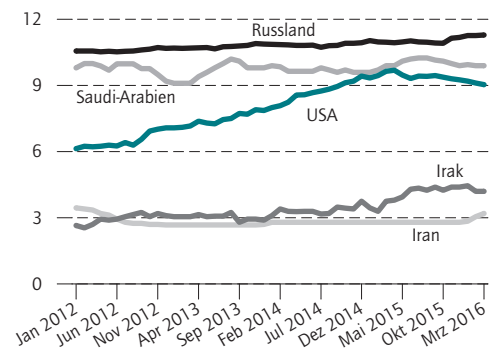
4 Vgl. U.S. Energy Information Administration (2015): Iraq Country Brief. 30. Januar 2015.

5 Es wird unterschieden wird zwischen Schieferöl und Ölschiefer. Schieferöl entspricht in seiner Zusammensetzung Erdöl aus der konventionellen Förderung. Im Gegensatz zu konventionell gefördertem Öl muss es durch Aufspaltung der umgebenden Gesteinsformationen (Fracking) freigesetzt werden, bevor es gefördert werden kann. Ölschiefer enthält ein Vorstadium von Erdöl, das unter Wärmeeinsatz zu Erdöl verarbeitet wird. Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2016): Wissenswertes über Schieferöl und Schiefergas. www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Projekte/laufend/NIKO/FAQ/faq_inhalt.html.

Abbildung 3

Ölförderung großer Produzentenländer

In Millionen Fass pro Tag



Quelle: U.S. Energy Information Administration.

© DIW Berlin 2016

Die Ölförderung in den USA ist seit Anfang 2012 um fast 50 Prozent gestiegen.

hungsweise rückläufig ist. Schieferöl macht aktuell etwa die Hälfte der Gesamtförderung der USA aus und hat somit auch stark an Bedeutung für den globalen Ölmarkt gewonnen.⁶

Laufende Ölförderung überwiegend rentabel, aber sinkende Investitionen

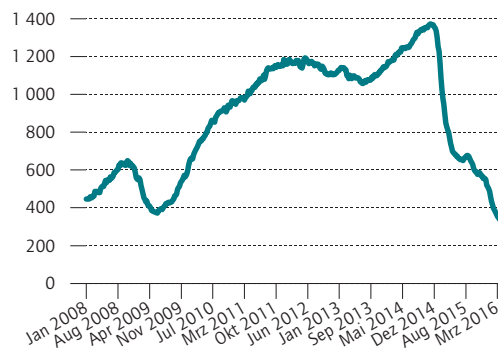
Aufgrund des niedrigen Ölpreises stehen derzeit sämtliche Ölanbieter unter Druck. Niedrige Preise können sich auf zweierlei Art auf das Ölangebot auswirken. Zum einen kann die aktuelle Ölproduktion bereits bestehender Förderanlagen unrentabel und deshalb gedrosselt werden; zum anderen senken geringe Preise die Anreize, in neue Förderkapazität zu investieren, was mittelfristig zu einem verknappten Ölangebot führen kann.

Beim derzeitigen Preisniveau von etwa 40 US-Dollar pro Fass ist laut Branchenangaben mit nur geringen Kürzungen der laufenden Produktion zu rechnen.⁷ Zum einen liegen die kurzfristigen Grenzkosten der konventionellen Förderung sowie der Schieferölproduktion größtenteils unter dem aktuellen Marktpreis, so dass sich die Produktion meist weiterhin rentiert. Zum anderen können Unterbrechungen und spätere Wiederaufnahmen der Ölförderung hohe Zusatzkosten verursachen. Um diese zu vermeiden können Produzenten bereit sein, kurzfristig auch Verluste in der laufenden Förderung hinzunehmen.

Die derzeit niedrigen Preise dürften sich jedoch insgesamt negativ auf das Investitionsverhalten auswirken.⁸ In der konventionellen Förderung ist mit sinkenden Investitionen zu rechnen, mit den beiden wichtigen Ausnahmen Irak⁹ sowie Iran, der nach Ende der internationalen Wirtschaftssanktionen seine Ölproduktion ebenfalls deutlich erhöhen will.¹⁰ Im vormals besonders dynamisch wachsenden Schieferölbereich ist die Investitionstätigkeit seit Anfang 2015 deutlich gesunken. Dies zeigt sich an der sinkenden Anzahl aktiver horizontaler Bohranlagen in Nordamerika, der in der Schieferölproduktion verwendeten Bohrtechnologie (Abbildung 4). Dieser Rückgang an Investitionen macht sich mittlerweile auch im Produktionsniveau bemerkbar: die US-amerikanische Gesamtförderung stagniert derzeit (Abbildung 3).

Abbildung 4

Anzahl aktiver horizontaler Bohranlagen¹ in Nordamerika



¹ Zur Erschließung von Schieferöl- und -gasquellen.

Quelle: Baker Hughes.

© DIW Berlin 2016

Die zuletzt abnehmende Zahl von Bohranlagen spiegelt eine sinkende Investitionstätigkeit wider.

Kurze Förder- und Investitionszyklen bei Schieferöl

In einem von konventioneller Förderung dominierten Ölsektor reagiert die Ölproduktion nur mit beträchtlicher Verzögerung auf neue Investitionen, da die Erschließung neuer konventioneller Ölquellen mit hohen Fixkosten und langen Vorlaufzeiten verbunden ist. Sobald eine Quelle erschlossen ist, wird im Regelfall Jahrzehnte lang gefördert. Aufgrund dieser langen Zeiträume und typischerweise hoher Gesamtinvestitionen beruhen Investitionsentscheidungen auf längerfristigen Marktprognosen, die erheblichen Unsicherheiten unterliegen. Neue Produktionskapazität wird nur bei einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass das zusätzliche Angebot zu rentablen Preisen abgesetzt werden kann, bereit gestellt. Diese Faktoren sorgen für eine geringe kurzfristige Angebotselastizität im Ölmarkt, das heißt die (unter der Annahme eines perfekten Wettbewerbs) angebotene Menge reagiert in der kurzen Frist nur in geringem Umfang auf eine Preisänderung.¹¹ Gleichzeitig können aufgrund einer ebenfalls geringen kurzfristigen Preiselastizität der Ölnachfrage durch geringe Angebotsveränderungen große Preisbewegungen verursacht werden. Dadurch erlangen Produzenten, die ungenutzte Produktionskapazitäten vorhalten, die Möglichkeit, durch strategische Nutzung dieses Reservepotenzials als sogenannte *Swing Producer* den Ölpreis zu beeinflussen.

⁶ Vgl. Nülle, G. (2015): Tight Oil Production Trends in a Low Price Environment. U.S. Energy Information Administration.

⁷ Vgl. MacKenzie, W. (2016): Oil Prices – Production Shut-Ins and the Cost Curve.

⁸ Vgl. International Energy Agency (2016): Medium-Term Oil Market Report 2016: Market Analysis and Forecasts to 2021.

⁹ Vgl. EIA (2015), a. a. O.

¹⁰ Vgl. U.S. Energy Information Administration (2016): Short-Term Energy Outlook. January 2016.

¹¹ Hamilton, J. D. (2009): Understanding Crude Oil Prices. The Energy Journal 30(2), 179-206.

In den vergangenen Jahrzehnten nahm die OPEC eine solche Rolle ein.

Bei der Schieferölförderung ist der Förderzyklus einer einzelnen Quelle jedoch deutlich kürzer. Die Erschließung einer Quelle von der Bohrung bis zur Förderung kann in einem Zeitraum von unter sechs Monaten erfolgen. Zudem ist jede erschlossene Quelle deutlich rascher erschöpft. Der Großteil der förderbaren Gesamtmenge wird innerhalb der ersten zwei bis drei Jahre produziert.¹² Schieferölproduzenten tragen aufgrund dieses überschaubaren Produktionszyklus ein geringeres Preisrisiko als längerfristiger orientierte konventionelle Förderer. Wegen dieses kürzeren Planungshorizonts können Schieferölproduzenten mit ihrem Investitionsverhalten deutlich schneller auf Preisänderungen reagieren. Aufgrund des mittlerweile beträchtlichen Marktanteils von Schieferölproduzenten wird das globale Ölangebot daher insgesamt elastischer.

Schieferölförderung in den USA schwächt Marktmacht der OPEC

Diese höhere Flexibilität insbesondere der US-amerikanischen Anbieter im Ölmarkt beschränkt die Marktmacht der strategischen OPEC-Produzenten, die bisher als einzige kurzfristig ihr Angebot nennenswert anpassen konnten. Sollten OPEC-Förderer durch eine Angebotsverknappung den Preis nach oben treiben, könnten Schieferölproduzenten die entstehende Angebotslücke rasch füllen. Dies ist eine mögliche Erklärung für die Zurückhaltung der OPEC, ihre Fördermengen zu senken, um den Preis zu stützen. Strategische Anbieter könnten jedoch auch versuchen, Schieferölproduzenten durch ein beständig hohes Angebot konventionell geförderten Öls dauerhaft aus dem Markt zu drängen.¹³ Die weiterhin hohe Produktion der OPEC trotz geringer Preise lässt auch diese Interpretation zu.

Es ist jedoch fraglich, wie erfolversprechend ein solches Vorgehen der OPEC wäre. Zwar haben amerikanische Schieferölproduzenten aufgrund der niedrigen Preise ihre Investitions- und Produktionspläne nach unten revidiert.¹⁴ Zudem ist nach Branchenangaben eine Reihe von Schieferölfirmen in eine finanzielle Schieflage geraten.¹⁵ Jedoch hat die Phase niedriger Preise auch zu

beträchtlichen Effizienzsteigerungen in der Schieferölproduktion geführt, so dass sich die Durchschnittskosten von Schieferölprojekten mittlerweile in einer Spanne von 40 bis 60 US-Dollar pro Fass Rohöl bewegen, in besonders rentablen Teilen bestimmter Förderregionen sogar unterhalb dieses Niveaus.¹⁶

Bei den gegenwärtigen Rohölpreisen ist zwar zunächst von einem Rückgang der Schieferölförderung auszugehen, jedoch nicht von einem dauerhaften Rückzug der Schieferölproduzenten. Daher muss die OPEC dauerhaft mit einem Verlust von Marktmacht rechnen. Somit dürften künftige Preisanstiege sich mittelfristig an den Durchschnittskosten der Schieferölproduzenten orientieren.

Spannungen zwischen wichtigen Förderländern schwächen Handlungsfähigkeit der OPEC zusätzlich

Die aktuellen Entwicklungen im Ölmarkt gehen mit verstärkten politischen Spannungen zwischen Saudi-Arabien und Iran einher, zwei wichtigen Produzentenländern und Gründungsmitgliedern der OPEC. Der Iran drängt generell auf einen größeren politischen Einfluss im Nahen Osten, was zu Konflikten mit Saudi-Arabien führt. So stehen sich Saudi-Arabien und der Iran aktuell unter anderem in den Konflikten im Jemen und in Syrien gegenüber.

Diese geopolitischen Spannungen sowie der Wunsch des Iran, nach Aufhebung der internationalen Sanktionen seinen früheren Marktanteil am Ölmarkt wiederzuerlangen, schwächt die Handlungsfähigkeit der OPEC weiter. So blieb der Iran – im Gegensatz zu anderen OPEC-Staaten sowie Russland – einem kürzlich in Doha abgehaltenen Sondergipfel der größten Ölexporteure fern, der die Festlegung von Produktionsobergrenzen zum Ziel hatte. Daraufhin scheiterte der Gipfel.

Fazit

Der Ölmarkt hat sich in den letzten Jahren verändert. Global ist die Ölförderung deutlich angestiegen, vor allem durch Produktionsausweitungen in Ländern wie dem Irak und den USA. Andere Förderländer haben ihre Produktion im Gegenzug nicht gedrosselt, wodurch es zu einem Überangebot an Öl und zu einem stark gesunkenen Ölpreis gekommen ist. Der Schieferölsektor in den USA steht in Folge des niedrigen Ölpreises unter Druck, so dass dort kurzfristig mit einem moderaten Rückgang der Förderung zu rechnen ist. Jedoch ist aufgrund von Kostensenkungen bei der Schieferölpro-

¹² Vgl. U.S. Energy Information Administration (2014): Today in Energy: New Eagle Ford Wells Continue to Show Higher Production.

¹³ Diese Strategie wäre eventuell erfolversprechend, falls es relevante Barrieren für einen erneuten Markteintritt von Schieferölproduzenten gäbe. Derartige Eintrittsbarrieren könnten beispielsweise aufgrund eingeschränkter Finanzierungsmöglichkeiten künftiger Schieferölprojekte zustande kommen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch unklar, inwiefern dies tatsächlich der Fall ist.

¹⁴ International Energy Agency (2016): Oil Market Report. March 2016.

¹⁵ Deloitte (2016): The Crude Downturn for Exploration and Production Companies. Deloitte Center for Energy Solutions.

¹⁶ Rystad Energy (2015): U.S. Shale Newsletter Vol 2. No. 1, Januar 2015.

duktion auch weiterhin mit der Präsenz dieser Produzenten auf dem Weltmarkt zu rechnen.

Selbst im Fall einer steigenden globalen Ölnachfrage oder moderater temporärer Produktionsausfälle in manchen Förderländern wäre angesichts hoher Lagerbestände und schnell realisierbarer Kapazitätsausweitungen bei der Schieferölproduktion kurzfristig nicht von einer Rückkehr zu den hohen Preisen zu Beginn dieses Jahrzehnts auszugehen. Allerdings ist aufgrund der derzeit schwachen Wirtschaftsentwicklung in vielen Schwellenländern momentan ohnehin nicht mit einem starken Anstieg der weltweiten Nachfrage nach Öl zu rechnen.

Aleksandar Zaklan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | azaklan@diw.de

Durch die relativ flexible Schieferölproduktion in den USA wird die Marktmacht der OPEC im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten geschwächt. Die OPEC wird künftig weniger in der Lage sein, Ölpreise durch strategische Produktionsänderungen zu beeinflussen. Der Wettbewerb im Ölmarkt nimmt somit zu. Mittelfristig ist daher zu erwarten, dass sich der Ölpreis eher an den Durchschnittskosten der Schieferölproduzenten orientiert als an den Aktivitäten der OPEC-Staaten. Aktuell wird die Handlungsfähigkeit der OPEC zusätzlich durch die politischen Spannungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran eingeschränkt.

Claudia Kemfert Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | ckemfert@diw.de

CRUDE OIL MARKET: U.S. TIGHT OIL WEAKENING OPEC'S MARKET POWER

Abstract: U.S. tight oil production has increased substantially in recent years, driven by the high crude oil prices at the beginning of the decade as well as technological progress. Combined with the high production levels of OPEC countries, this development has led to a strong price decrease and a considerable growth of oil inventories. Due to its shorter production cycles compared to conventional methods, tight oil

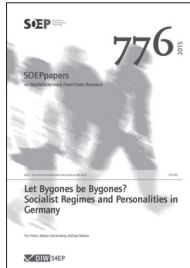
production increases the flexibility of the overall oil supply, which limits the ability of OPEC countries to influence market prices by strategically adjusting the volumes they supply to the market. Instead, the global oil price will increasingly tend to align with the average costs of U.S. tight oil producers. Assuming no major short-term disruptions on the supply side, a return to the high prices of recent years appears unlikely.

JEL: Q 41, Q 43

Keywords: Crude oil markets, tight oil, OPEC

SOEP Papers Nr. 776

2015 | Tim Friehe, Markus Pannenberg, Michael Wedow



Let Bygones Be Bygones? Socialist Regimes and Personalities in Germany

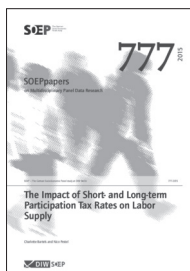
This paper investigates the influence of political regimes on personality, using the separation of Germany into the socialist GDR and the democratic FRG and its reunification in 1990 as a natural experiment. We show that there are significant differences between former GDR and FRG residents regarding important attributes of personality (particularly the locus of control, neuroticism, conscientiousness, and openness). To understand the influence of the GDR's socialist regime on personality, we test an important channel by exploiting regional variation in the number of unofficial state-security collaborators across East German counties. Our results indicate that local surveillance intensity is indeed an important determinant of the personality of former GDR citizens. The differences in personality imply that former citizens of the GDR have economic prospects rather different from former FRG citizens and help to understand behavioral differences established in the prior literature.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 777

2015 | Charlotte Bartels, Nico Pestel



The Impact of Short- and Long-Term Participation Tax Rates on Labor Supply

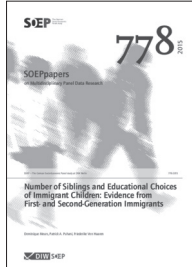
Generous income support programs as provided by European welfare states have often been blamed to hamper employment. This paper investigates the importance of incentives inherent in the tax-benefit system for the individual decision to take up work. Using German microdata over the period 1993–2010 we find that recent reforms in Germany increased work incentives at the extensive margin measured by the Participation Tax Rate (PTR), particularly for low income individuals. Work incentives are even higher if the time horizon is extended to more than one year, pointing at an overestimation of the disincentives by standard measures. Regression analysis reveals that a decrease in the PTR increases the likelihood of taking up work significantly.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 778

2015 | Dominique Meurs, Patrick A. Puhani, Friederike von Haaren



Number of Siblings and Educational Choices of Immigrant Children: Evidence from First- and Second-Generation Siblings

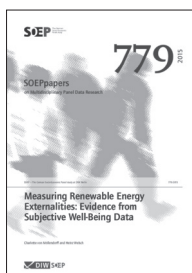
We document the educational integration of immigrant children with a focus on the link between family size and educational decisions and distinguishing particularly between first- and second-generation immigrants and between source country groups. First, for immigrant adolescents, we show family-size adjusted convergence to almost native levels of higher education track attendance from the first to the second generation of immigrants. Second, we find that reduced fertility is associated with higher educational outcomes for immigrant children, possibly through a quantity-quality trade-off. Third, we show that between one third and the complete difference in family-size adjusted educational outcomes between immigrants from different source countries or immigrant generations can be explained by parental background. This latter holds true for various immigrant groups in both France and Germany, two major European economies with distinct immigration histories.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 779

2015 | Charlotte von Möllendorff, Heinz Welsch



Measuring Renewable Energy Externalities: Evidence from Subjective Well-Being Data

Electricity from renewable sources avoids disadvantages of conventional power generation but often meets with local resistance due to visual, acoustic, and odor nuisance. We use representative panel data on the subjective well-being of 46,678 individuals in Germany, 1994–2012, for identifying and valuing the local externalities from solar, wind and biomass plants in respondents' postcode area and adjacent postcode areas. We find significant well-being externalities of all three technologies that differ with regard to their temporal and spatial characteristics. The monetary equivalent of 1 MW capacity expansion is estimated to be in the range of 0.3–0.7 percent of per capita income.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





Dr. Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Erbschaftsteuer: Die bayerische Demontage

„Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Hört sich an wie Karl Marx oder Thomas Piketty, steht aber so in Artikel 123, Absatz 3, Satz 1 der Verfassung des Freistaates Bayern.

Das ist bemerkenswert, bemüht sich doch die bayerische Landesregierung seit Jahren nach Kräften, die Erbschaftsteuer als letzte verbliebene Steuer auf hohe Vermögen zu demontieren. Bei der Reform 2008 drohten die maßgeblichen CSU-Granden mit einer Abschaffung der Erbschaftsteuer und setzten großzügige Privilegien für Familienheime und Unternehmensübertragungen durch. Seitdem werden Riesenvermögen gering bis gar nicht belastet, während Normalbürger auf größere Immobilien- und Finanzvermögen schnell spürbare Erbschaftsteuer bezahlen, vor allem, wenn sie von entfernten Verwandten oder Freunden stammen. Belastet werden die „Sandwichbürger“ der oberen Mittelschicht und der unteren Oberschicht, also durchaus wohlhabend, aber nicht wirklich reich an Geld, Macht und Einfluss, und daher gut vom Fiskus zu schröpfen.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, bis Mitte 2016 die Vergünstigungen bei der Übertragung großer Unternehmensvermögen neu zu regeln. Dabei unterstützen die CSU-Politiker tatkräftig die Wirtschaftsverbände in ihrem zähen Abwehrkampf gegen die Einschränkung der Steuerprivilegien. Nachdem sich in der Großen Koalition ein mühevoller Kompromiss abzeichnete, intervenierte die CSU-Spitze im Februar und verlangte weitere Erleichterungen wie die Ausweitung von Bewertungsabschlägen und Investitionsklauseln oder die Nichteinbeziehung von Privatvermögen.

Sind schon die vorliegenden Kompromisslinien bedenklich, da sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts recht

weit dehnen, so würden die neuen Forderungen der CSU mit großer Wahrscheinlichkeit in Karlsruhe scheitern.

Bricht die bayerische Staatsregierung die Verfassung des Freistaates? Nun ist Papier bekanntermaßen geduldig. Außerdem können Realpolitiker und Beamte nicht ständig mit der Verfassung unter dem Arm herumlaufen, um einen früheren Bundesinnenminister aus Bayern zu zitieren. Vor allem muss man sehen: CSU und bayerische Staatsregierung verfolgen mit der systematischen Demontage der Erbschaftsteuer ureigene bayerische Interessen. Wenn ein Teil der Steuermehreinnahmen über den Finanzausgleich an die ärmeren Bundesländer abfließt, ist es ziemlich unattraktiv, den eigenen Wohlhabenden und Eliten unpopuläre Erbschaftsteuern abzuknöpfen.

„Wir lassen das Geld im Lande“ wurde bereits vor Jahrzehnten der Ministerpräsident eines anderen süddeutschen Bundeslandes zitiert. Sein enorm populärer heutiger Nachfolger agiert im Prinzip ähnlich bei der Erbschaftsteuerreform. Nun ist es ja erfreulich zu sehen, dass Landespolitiker tatsächlich primär Landesinteressen vertreten, unabhängig von ihrer politischen Couleur. Aber die Umverteilung zwischen armen und reichen Bürgern und Regionen kommt dabei unter die Räder. Und das in Zeiten, in denen nur noch die Reichen reicher werden, die Unter- und Mittelschichten seit 15 Jahren kaum noch Einkommenszuwächse erzielen und die Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich ist.

Fazit: Kleinstaaterei und Kirchturmpolitik funktionieren nicht bei Umverteilung zwischen Bürgern und Regionen. Die gehört auf die nationale Ebene und auch international koordiniert, siehe Steuergestaltungen und Steuerflucht. Ebenso müsste die Finanzverwaltung dringend auf Bundesebene organisiert werden. Denn dass man mit laschen Steuerprüfungen Standortpolitik betreiben kann, ist in Bayern auch schon seit Jahrzehnten bekannt.